

Direktion für Bildung, Soziales und Sport
Kompetenzzentrum Integration
Effingerstrasse 21
Postfach 8125
3001 Bern



Bern, 20. Mai 2010

**Leitbild zur Integrationspolitik der Stadt Bern 2010
Antwort zur Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, an der Vernehmlassung zum Leitbild zur Integrationspolitik der Stadt Bern teilzunehmen. Insbesondere danken wir Ihnen für die Fristverlängerung bis am 25. Mai.

Wir bitten Sie, von unserer Vernehmlassungsantwort Kenntnis zu nehmen und hoffen, dass diese im Rahmen der weiteren Bearbeitung des Geschäfts einfließen werden.

Mit freundlichen Grüssen

Flavia Wasserfallen

Co-Präsidentin SP Stadt Bern

Leyla Gül

Parteisekretärin SP Stadt Bern

**Sozialdemokratische Partei
Stadt Bern**

Monbijoustrasse 61
Postfach 1076 · 3000 Bern 23

Telefon 031 370 07 90
Telefax 031 370 07 81

bern@spbe.ch
www.spbern.ch



1. Generelle Bemerkungen

Wir finden es grundsätzlich richtig, Leitbilder regelmässig zu überprüfen, da sich das politische Umfeld laufend verändert. Allerdings ist der vorliegende Entwurf unseres Erachtens zu allgemein gehalten. Das „alte“ Leitbild aus dem Jahr 1999 ist konkreter und in vielen Bereichen nach wie vor aktuell (und auch noch nicht vollständig umgesetzt).

Es stellt sich deshalb die Frage, ob es überhaupt sinnvoll ist, die wertvollen Ressourcen in die Überarbeitung dieses Leitbildes zu stecken. Gefragt wäre zum heutigen Zeitpunkt vielmehr eine Standortbestimmung, welche die Veränderung der Zusammensetzung der Bevölkerung (z.B. bezüglich „Neuer Zuwanderung“) festhält, die aktuellen Herausforderungen aufzeigt, die Wirkungen der heutigen Aktivitäten beurteilt und daraus den Handlungsbedarf ableitet. Dieses Papier müsste die Grundlage bilden für einen Aktionsplan mit realisierbaren Zielen und konkreten Massnahmen.

Diese Standortbestimmung mit Aktionsplan wäre unserer Ansicht nach nützlicher als eine abstrakte Leitbilddiskussion, die kaum etwas zur Verbesserung der konkreten Situation beiträgt. Wichtig ist, dass bald ein Massnahmenplan folgt, der die Verantwortlichkeiten festlegt und Umsetzungsziele sowie eine Erfolgskontrolle umfasst.

Im Übrigen erscheint uns das dem Leitbild zugrunde liegende Verständnis von Integration zu stark auf MigrantInnen fokussiert. Angelpunkt des Integrationsbegriffs muss unseres Erachtens der gesellschaftliche Zusammenhalt bilden. Die Leitsätze bezüglich Vielfalt, Anti-Diskriminierung, Chancengleichheit und Mitwirkung müssen für die ganze Bevölkerung dieser Stadt Geltung haben, nicht nur für MigrantInnen. Dasselbe gilt genauso für die Stossrichtungen in den strategischen Handlungsfeldern.

Ein Schwachpunkt des vorliegenden Leitbildentwurfs ist die Sprache, die über weite Strecken „abgehoben“ und zu wenig präzise ist. Es werden zahlreiche Begriffe verwendet, die nicht näher erläutert werden (z.B. „Willkommenskultur“, „Zivilgesellschaft“, „Mitwirkungsprojekte“ etc.). Insbesondere wird auch der im Papier häufig verwendete Begriff „MigrantIn“ nirgends definiert. Wir regen an, dass das Leitbild sprachlich überarbeitet und in Bezug auf Lesefreundlichkeit verbessert wird, damit es für eine breite Bevölkerung verständlich wird.

2. Leitsätze

Vielfalt und Unterschiedlichkeit: Integration ist ein gegenseitiger Prozess, der die ganze Bevölkerung einbezieht, nicht nur MigrantInnen. Es ist wenig einsichtig, weshalb z.B. die Förderung und Stärkung der „Potenziale, Fähigkeiten und Kompetenzen“ (vierter Punkt) und die Aussagen zur „Eigeninitiative als Motor für die Integration“ nur für MigrantInnen gelten sollen. Diese Aktivitäten müssen sich an alle Bernerinnen und Berner richten! Wichtig ist dabei, dass Begegnungen zwischen den Bevölkerungsgruppen möglich sind.



Nicht alle MigrantInnen müssen unterstützt werden. Andererseits brauchen viele benachteiligte SchweizerInnen Unterstützung.

Vielfalt und Unterschiedlichkeit setzt die Respektierung der rechtsstaatlichen Ordnung voraus, deren Einhaltung einzufordern ist. Dieser Aspekt fehlt.

Gegen Diskriminierung: Die Stadt Bern toleriert keine Diskriminierung aufgrund von Hautfarbe, Herkunft, Sprache etc. Hier sind unbedingt ebenfalls die Aspekte Geschlecht, Alter und Behinderung aufzuführen.

3. Strategische Handlungsfelder

Handlungsfeld „Bildung, Sprache, Erziehung“

Deutschkenntnisse sind der entscheidende Punkt. Der entsprechende Punkt sollte deshalb an erster Stelle stehen. Als zentral erachten wir ebenfalls die vorgeschlagenen Finanzierungshilfen für die Sprachkurse.

Es ist zu prüfen, die HSK in die Volksschulen zu integrieren (Modell Basel).

Eltern von Kindern mit Migrationshintergrund sollen, unabhängig von ihrem ausländerrechtlichen Status, in Schulbehörden mitwirken können.

Welches sind „die Zielgruppen“ für das Erlernen der deutschen Sprache?
Und welches „die Erfordernisse für die Integration“?

Handlungsfeld „Erwerbsarbeit“

Wir unterstützen es sehr, dass der Fokus auf die Ausbildung und den Berufseinstieg von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gelegt wird. Die Arbeitswelt trägt viel zu einer erfolgreichen Integration bei.

Einen zusätzlichen Akzent möchten wir bei der Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft, insbesondere mit den KMUs der Stadt Bern setzen.

Potenzial liegt unseres Erachtens auch in innovativen Fördermassnahmen, etwa bei (rückzahlbaren) „Mikrokrediten“, damit Leute in prekären Arbeitssituationen eigene kleine Projekte (einen Stand, einen kleinen Laden) realisieren können – als jeweils eigener Beitrag zur Integration. Damit würde gleichsam auch eine Lösungsidee aus dem Süden in die Schweiz „importiert“.

Handlungsfeld „Gesundheit“

Die Aussagen sind sehr allgemein gehalten. Gesundheitsförderungs- und Präventionsmassnahmen sollten konkreter benannt werden.

„Niederschwelliger Zugang zu einer garantierten Grundversorgung für alle“ wird sichergestellt.



Handlungsfeld „Mitwirkung in Politik und Gesellschaft“

Es ist nicht klar, was mit „Mitwirkungsmöglichkeiten“ und „Mitwirkungsprojekten“ konkret gemeint ist.

Was sind „integrationsfördernde Tätigkeiten“?

Handlungsfeld „Wohn- und Lebensraum“

Die Ziele des Abbaus von Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt, der Durchmischung der Quartiere und das gegenseitige Verständnis in der Nachbarschaft sind wohl kaum bestritten. Hier sollten konkretere Stossrichtungen skizziert werden, welche Ansatzpunkte Entwicklungen in diese Richtung unterstützen könnten.

Die übrigen Punkte sind konkreter. Ein ergänzender Vorschlag wäre die Sensibilisierung von Hauswarten für das Zusammenleben von Personen mit verschiedenen Hintergründen auf engem Raum (z.B. in einem Wohnblock).

Unbedingt gefragt wären ebenfalls neue Formen, um benachteiligte Bevölkerungsgruppen zu erreichen. Entsprechende Programme müssten in den Quartieren ansetzen und die dort bestehenden Ressourcen nutzen.

Handlungsfeld „Information und Kommunikation“

Die Inhalte dieses Handlungsfeldes sind sehr allgemein gehalten und zu wenig präzise. Wer soll wen, wozu über was informieren?

Es gibt heute unseres Erachtens eher zu viel Information. Gefragt ist in erster Linie eine Fokussierung der Information.

Das Handlungsfeld ist zu stark auf die Migrationsbevölkerung ausgerichtet. Die relevanten Informationen müssen der ganzen Bevölkerung der Stadt Bern zur Verfügung stehen.

4. Strukturen

Dieses Kapitel beschränkt sich weitgehend auf die Aufzählung von Akteursgruppen. Wir vermissen hier inhaltliche Zuordnungen. So wäre etwa aufzuzeigen, wer in den einzelnen Handlungsfeldern für die weitere Konkretisierung verantwortlich ist und wer dabei welche Beiträge leisten kann.

Die Rolle des Kompetenzzentrums Integration wird zu wenig klar. Welches sind die Kompetenzen und Verantwortlichkeiten des KI? Was tut das KI konkret, neben der Führung des Sekretariates der Fachkommission?

Wer sind die privaten Akteure konkret? Zumindest die zentralen Partner der Stadt in diesem Bereich müssten namentlich genannt werden.